

Mit dem Besuch Ugandas setzt Herzog ein Zeichen

Von ROCCO THIEDE

Berlin/Kampala - Bundespräsident Roman Herzog beginnt am Sonntag seine erste Afrika-Reise, die ihn nach Uganda, Äthiopien und Eritrea führen wird. Beobachter sehen vor allem in dem Besuch Ugandas ein politisches Signal und ein Zeichen der Solidarität. Auch zählt Uganda neben Ghana zu den wirtschaftlichen Musterländern.

Das ist weitgehend ein Verdienst von Präsident Yoweri Kaguta Museveni, der das Land seit zehn Jahren regiert. Er hat ein wirtschaftliches Liberalisierungsprogramm eingeleitet und Staatsbetriebe privatisiert. Unter seiner Regierung wurden die Armee um fast 30 Prozent verringert und der aufgeblähte Staatsapparat um 50 Prozent beschnitten. Seit drei Jahren ist die Währung stabil, und die Wechselkurse sind frei. Betrug die Inflationsrate 1987 noch 250 Prozent, so fiel sie 1995 auf zehn Prozent.

Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank gaben der Wirtschaft zusätzlichen Auftrieb. Dank der westlichen Hilfgelder ist Ugandas Wirtschaftswachstum eines der höchsten in Afrika. Wichtigste Devisenquelle ist nach wie vor Kaffee.

Bevor Museveni 1986 an die Macht kam, „war Uganda ein einziges Chaos“, sagt Jens Breiten-gross, dessen Unternehmen seit 1953 in dem Land am Äquator tätig ist. Es sei „nahezu ein Wunder, wie sich die Wirtschaft gefestigt hat und das Land nach dem langen Bürgerkrieg wieder ruhig geworden ist“, meint er. Seit der Unabhängigkeit (1962) starben einschließlich der achtjährigen Diktatur Idi Amins und des Regimes Milton Obotes nach Schätzungen mehrere hunderttausend Men-

schen durch Terror und Massenmord. Zugleich lähmte der Bürgerkrieg die wirtschaftliche Entwicklung.

Breiten-gross erinnert sich noch an Zeiten, als Halbwüchsige mit entscherten Waffen an den Straßenecken standen und Raubüberfälle zur Tagesordnung gehörten. Die innenpolitische Stabilität und die wirtschaftliche Liberalisierung wertet er als Verdienst Musevenis. Er hält ihn für einen der wenigen, nicht korrupten Politiker in Afrika.

Mit Blick auf die zentralstaatliche Ordnung Ugandas und eine Verfassung, die eine parteipolitische Betätigung untersagt, räumt der ugandische Politikwissenschaftler Hakim Ntambi ein: „Aus der Sicht Westeuropas sind wir noch keine Demokratie.“ Die für das Frühjahr geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen würden somit eine reine Personenwahl. Ntambi meint aber auch: „Es ist gut, daß wir keine politischen Parteien haben, weil früher die Unruhen ihre Ursache oft bei den zerstrittenen Parteien hatten.“

Es gibt noch andere Probleme: Museveni ist ein Halbtutsi und hat sich viele Berater und Offiziere aus Ruanda geholt und mit Geld den dortigen Krieg unterstützt. Unmut löst dies vor allem bei der Baganda-Volksgruppe aus, der zahlenmäßig größten im Land. Im Norden Ugandas unterstützt Präsident Museveni nach den Worten Ntam-bis Banden, die gegen den Sudan operieren.

Die Regierung in Kampala muß sich auch um die hohe Zahl der Aids-Kranken sorgen. Nach Angaben der Weltgesundheitsbehörde steht Uganda nach den USA und Tansania an dritter Stelle der offiziell registrierten Aids-Kranken.